

Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg

Meinungsumfragen, Abstimmung im Parlament, Volksabstimmung . . .

Dem Krieg in Bosnien-Herzegowina wird ein demokratisches Mäntelchen umgehängt. Während die bosnischen Serbenführer ihr abgekartetes Spiel weiterspielen und die bosnische Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit in ihrer Hoffnung auf Frieden auf den nächsten Tag vertrösten, wandeln sich Serbiens Präsident Milosevic und selbst Serbenführer Karadzic unter dem Druck der internationalen Politik und der verarmenden serbischen Bevölkerung zu Friedensaposteln. Galten sie bis gestern mindestens verbal noch als Kriegsverbrecher, so werden sie heute schon wieder als Hoffnungsträger gehandelt.

Als Gradmesser für den Friedenswillen der bosnischen Serben dient ihre Haltung zum Vance-Owen-Plan. Dieser «Friedensplan» legitimiert aber die Politik der ethnischen Vertreibungen und die Kriegsführung für Terraingewinne. Wie katastrophal sich dies auswirkt, zeigen die jetzigen Kämpfe zwischen Kroaten und Muslimen in Bosnien und in der Herzegowina: Während die Eroberungs- und Vertreibungspolitik auf der serbischen Seite abgesehen von einigen kleinen muslimischen Enklaven praktisch abgeschlossen ist, sind die Grenzen zwischen den kroatischen und den bosnisch-muslimischen Territorien noch ungeklärt. Der Vance-Owen-Plan zeigt, dass es sich lohnt, darum zu kämpfen!

Die internationale Politik, am ausformuliertesten vorgetragen von der Clinton-Administration, verharrt im Dilemma. Entweder wird dieser «Friedens»-Plan sofort angenommen und umgesetzt, oder es wird militärisch interveniert. Zwischen diesen beiden Optionen müsse gewählt werden. Der Vance-Owen-Plan kann bestenfalls den Krieg einfrieren und eine Situation schaffen, die vielfach komplizierter wäre als diejenige auf Zypern: Zehntausende von UNO-Blauhelmen müssten über Jahrzehnte hinweg unzählige neue Mauern zwischen Landesteilen, Städten, Dörfern, Häusern und gar Familien bauen und diese neuen Grenzen bewachen, um direkte militärische Konfrontationen und Gewaltakte zu verhindern. Ein Andauern der alltäglichen Gewalt wie in Nordirland oder in den von Israel besetzten Gebieten wäre mehr als wahrscheinlich. Frieden kann man das wohl kaum nennen.

Wird dieser «Friedensschluss» nicht akzeptiert, müsse mit anderen Mitteln dem Blutvergiessen ein Ende bereitet werden. Aus moralischem Handlungsdruck heraus wächst der Wille, endlich mit der Faust auf den Tisch zu schlagen: direktes militärisches Vorgehen, Luftangriffe auf serbische Stellungen in Bosnien, Waffenlieferungen an die muslimischen Bosnier . . . Ein politisches Konzept für diesen Einsatz fehlt aber immer noch vollständig. Wie ein Nach-Kriegs-Ex-Jugoslawien aussehen könnte und mit wem es aufgebaut werden kann, bleibt weiterhin offen. Etwa mit Milosevic und Tudjman, Izetbegovic und Karadzic?

Den internationalen Friedenskräften wird «Komplizenschaft», gar die Verantwortung für das Morden angelastet, weil sie sich weigern, die militärische Option unbesehen gutzuheissen. Die gleichen Kreise, die aber mit dem Krieg im Balkan neue «Bedrohungsszenarien» heraufbeschwören, Kriegsstimmung schüren und die Friedensbewegung als «schuldig für den Krieg» denunzieren, begrüssen die Kriegsverantwortlichen mit Händedruck zu «Friedenskonferenzen» . . . Die zivile, nichtnationalistische Opposition in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, die Hand bieten könnte für Alternativen, wird dagegen weiterhin ignoriert. Voraussetzung für einen Frieden wäre die Anerkennung und die Diskussion mit den friedensorientierten Kräften, statt sich weiterhin im Dilemma zwischen Vance-Owen und Milosevic-Karadzic zu verlieren.

Roland Brunner